

„Großlager Züge von Konzentrationslagern“ ?

Am 1. April `98 tritt das Flüchtlingsaufnahmegesetz in Kraft. Das Gesetz schreibt die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften für die gesamte Dauer ihres Verfahrens vor. In der Zeit sollen Flüchtlinge ausschließlich mit Sachleistungen versorgt werden. Großlager sind in Kenzingen (für 200 Personen), in Titisee-Neustadt, in Krozingen und in Merzhausen geplant.

Für die Landesregierung dient das Gesetz der „wirtschaftlichen“ Unterbringung (oder besser Verwahrung) von Flüchtlingen aber wohl in erster Linie der Abschreckung weiterer Asylsuchender.

Da die Flüchtlinge bislang noch nicht konkret einschätzen können, in welcher Weise sich das neue Gesetz auf ihre Lebenssituation auswirken wird, schrieb SAGA einen offenen Brief an die Stadt Freiburg. Gefragt wurde, ob Flüchtlinge, die bislang kommunal untergebracht sind, in Zukunft Sachleistungen erhalten werden; was mit der staatlichen Sammelunterkunft in der Bissierstraße vorgesehen ist und wo die weiteren 240 Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, die die Stadt im Zuge des neuen Gesetzes aufnehmen soll. Weiter wurde gefragt, wie die Stadt das weitere Absenken der Lebensbedingungen - in Anbetracht der überaus knapp bemessenen Pauschalen - verhindern will, und wenn ja wie, die Stadt auf eine Erhöhung der Landesmittel hinwirken will. Fraglich ist auch, ob Flüchtlinge, die sich momentan in einer kommunalen Unterkunft befinden, damit rechnen müssen in eine Staatliche Sammelunterkunft verlegt zu werden, da erstgenannt mittelfristig abgeschafft werden sollen. Es stellt sich auch die Frage, welche Konsequenzen der Asylfolgeantrag für die Unterbringung hat. SAGA wollte zudem noch wissen, welche Mittel die Stadt in Zukunft für anerkannte und De-facto- Flüchtlinge bereitstellen wird, um diese, wie es das FlüAG vorsieht, von öffentlichen Leistungen unabhängig zu machen.

Bürgermeister Seeh bat Ende Januar um etwas Geduld, da für die Beantwortung der Fragen noch Abstimmungen und Erhebungen in der Stadtverwaltung nötig seien und das Regierungspräsidium noch einige Vorentscheidungen treffen müsse.

Nach wie vor ist unklar, ob die Erstaufnahmeeinrichtung in der Vaubankaserne geschlossen wird. Die Entscheidung wird voraussichtlich Ende Februar fallen. Bei einer Schließung wäre der Tausch Bissierstraße - Vaubankaserne hinfällig.

Darüberhinaus bleibt rechtlich zu klären, ob es für das Land möglich ist, die generelle Versorgung mit Sachleistungen vorzuschreiben, widerspricht dies doch dem Asylbewerberleistungsgesetz, das auch Geldleistungen zuläßt. Die Stadt Freiburg hat vor, Flüchtlinge in kommunalen Wohnheime weiterhin mit Geldleistungen zu versorgen. Dies ist sicher auf die Proteste von Flüchtlinge gegen die Freßpakete 1994 zurückzuführen. Diese zweigleisige Lösung würde jedoch automatisch zu einer Spaltung der in Freiburg untergebrachten Flüchtlinge führen und es kann nur darum gehen zu erreichen, daß die Stadt die Versorgung mit Sachleistungen grundsätzlich ablehnt.

Kurzfristig sollte auf die Stadt- und Kreistage Einfluß benommen werden, daß diese sich gegen das Gesetz zur Wehr setzen, sich gegen Sachleistungen und Schaffung neuer Großlager aussprechen. Die ihrerseits bislang geäußerte Unzufriedenheit beschränkt sich meist auf befürchtete Mehrkosten. Grundsätzliche Kritik an der Unterbringung in Sammellagern ist, außer von den Grünen und Teilen der SPD, nicht zu hören, wie dies noch in den 80er-Jahren der Fall war. Damals stellte der hessische Innenminister Gries fest, daß: „Großlager zwangsweise Züge von Konzentrationslagern aufweisen“. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr die zunehmend verinnerlichte Fremdenfeindlichkeit, die derartig menschenunwürdige Gesetze legitim erscheinen läßt.

SAGA fordert die Abschaffung des FlüAG und wird sich weiterhin für die dezentrale, menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen, bei der sich jedeR selbst entscheiden kann, wo er/sie sich aufhalten möchte.